



# Grundgesetz-Staatsziel Sport muss Konsequenzen für Politik haben

**Pressemitteilung von Katrin Kunert, 30. August 2007**

**Zum Vorschlag der SPD, den Sport als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen erklärt Katrin Kunert, sportpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:**

Die Aufnahme des Sportes in das Grundgesetz ist längst überfällig.

27 Millionen Menschen sind in 90 000 Sportvereinen organisiert - viele davon engagieren sich ehrenamtlich in ihren Vereinen. Der Sport ist somit die größte Bürgerbewegung Deutschlands und hat eine soziale Funktion.

DIE LINKE unterstützt den Vorschlag, den Sport als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz aufzunehmen. In 15 von 16 Landesverfassungen wird der Sport bereits geschützt. Es wird Zeit, dies auch auf Bundesebene nachzuholen.

Dabei darf es allerdings nicht bleiben. Glaubwürdig ist eine solche Forderung nur, wenn sich daraus Konsequenzen für die Bundespolitik ergeben. Was wir brauchen ist ein Sportförderungsgesetz des Bundes,

das für alle - unabhängig von ihrer sozialen Herkunft -  
den Zugang und die Wahlfreiheit in Bezug auf alle  
Sportarten gewährleistet.